

Danziger Zeitung.

Nr. 18205.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Kettwickerstrasse Nr. 4, und bei allen Kaiserlichen Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. Preis pro Quartal 3.50 Mk., durch die Post bezogen 3.75 Mk. — Insätze kosten für die sieben gesetzten gewöhnliche Schriftzeile über deren Raum 20 Pfz. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Insertionsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1890.

Telegramme der Danziger Zeitung.

Berlin, 22. Mär. (Privatelegramm.) Nach der „Königlichen Ztg.“ ist vorläufig nur noch die Entlassung des Grafen Herbert Bismarck und des Ministers v. Maybach zu erwarten.

Der Generaldirektor der Neuguinea-Compagnie Arnold ist dem Altimosieber erlegen.

In Neugommern sind Böte gelandet, deren Insassen wahrscheinlich französische aus Neukaledonien entflohenen Verbrecher sind.

Berlin, 22. Mär. (W. L.) Bei dem gestrigen Galadiner trug der Kaiser englische Admiralsuniform, der Prinz von Wales die Uniform der Blücherhusaren. Der Kaiser dankte herlich für den Empfang, den er im vorigen Jahre in England gefunden, sowie für die Verleihung der Admiralswürde, drückte seine Freude darüber aus, daß er den Prinzen von Wales in der Uniform des Regiments Blüchers sah, der deutsches und englisches Blut im gemeinsamen Kampfe gemischt habe und trank schließlich auf die ferner guten Beziehungen zwischen Deutschland und England, in der Hoffnung, die beiderseitigen Flotten und Armeen würden zusammenstehen für den Frieden Europas. Der Prinz von Wales antwortete in deutscher Sprache und dankte für den Empfang; er habe sofort darüber seiner Mutter telegraphiert, auch wie schön ihr Regiment sei; er habe es für ein Glück erachtet, herzukommen, er hoffe, noch oft hierher, wie der Kaiser nach England zu kommen, und trinke auf das Wohl des Kaisers und des deutschen Reiches.

Köpenick, 22. Mär. Abends. (W. L.) Die Auftaktungen haben sich bisher nicht wiederholt.

Aachen, 21. Mär. (Privatelegramm.) Eine Cabinetsordre versucht die gänzliche Aufgabe der Aachener Stadtbefestigung und Abteilung des Festungsterrains an die Stadt.

Politische Uebersicht.

Danzig, 22. Mär.

Die Conservativen und die Antisemiten-Debatte.

Bei dem Fraktionssessen der Conservativen, welches gestern Nachmittag stattfand, brachte der Vorsitzende der Fraction, Herr v. Rauchhaupt, den Trinkspruch aus den Kaiser aus, in welchem er den Rücktritt des Fürsten Bismarck und die letzten Reichstagswahlen zum Gegenstande einer längeren Erörterung mache. Er sagte u. a.:

Die conservativen Partei hat wahrlich keine Veranlassung, ihre Grundsätze als alten Trost zu betrachten, wie diejenigen vielleicht meinen, welche in dem Wechsel der Meinungen bis zu dem Sammelbegriffe Ordnungspartei angelangt sind, ein Begriff, welcher nichts bedeutet als ein sauve qui peut einer mit schlechtem Gewissen beladenen bürgerlichen Gesellschaft, kraftlos, ohne idealen Kern, aufgebaut auf der blauen Furcht, wahrlich nicht im Stande, das leere Staats Schiff in der Brandung der Revolution zu retten.

In parlamentarischen Kreisen wurde gestern, und zwar nicht nur scherhaft Weise, wozu doch auch Arialz genug vorliegt, diese Rede besprochen. Dom abtretenden Reichskanzler wußte Herr v. Rauchhaupt sehr wenig zu sagen, dessen eingehender verbreitete er sich über die Frage, ob die Conservativen „als schlichte Matrosen auf Deck mit dem ihnen anvertrauten Punde so gewuchert hätten“, wie sie es vor dem Volke und vor allem vor dem Träger der Krone verantworten könnten. Herr v. Rauchhaupt schien mit dem, was bisher geschahen ist, nicht recht zufrieden zu sein, er mußte weit zurückgehen bis auf das 76er Programm der Conservativen, um eine Basis für ihre Stellung zu den heutigen schwierigen Fragen zu finden. Der Schwerpunkt der Rede liegt offenbar in der Erklärung, man dürfe stolz auf jenes Programm sein; freilich sind die Parteien gewöhnlich stolz auf das, was sie gehabt haben, und nicht auf das, was sie verloren haben und dessen sie sich erst, wie in diesem Falle, nach 14 Jahren erinnern. Wenn man nicht den Nachdruck darauf legen will, daß es sich um eine Tischrede handelt, so glebt der Ausdruck „lecke Staatschiff“ allerdings zu denken.

Um so charakteristischer ist es, daß die conservativen Partei gerade jetzt, indem sie das Cartell als alten Trost zurückstößt, im Abgeordnetenkabinette herz. Stöcker zu einer großen Judenbevölkerung vorgeschickt hat. Wer die Verhandlungen mit Ausführlichkeit liest, wird darüber nicht im Zweifel sein, daß Herr Stöcker keineswegs in eigenem Namen oder auf eigene Faust oder vielleicht nur in eigener Überzeugung gesprochen hat. Der Besfall, der ihm von den Bänken seiner Parteigenossen zu Theil wurde, schlägt jeden Gecken an die Möglichkeit aus, daß die Conservativen die Ansichten Stöckers nicht oder nicht in ihrem ganzen Umfange teilen, und was das Bedenklichste ist, Minister v. Gohler behandelte das Problem des thesaurischen Überwiegens der jüdischen Schüler in höheren Lehranstalten so etwa, wie man eine Frage erörtert, deren Lösung in dem einen oder anderen Sinne unumgänglich ist. Daß die seihen Gesetze eine Theilung der höheren Lehranstalten nach Concessions oder Religionsbekennissen nicht vorordnen, erkannte der Cultusminister an, aber er unterließ daran die Erklärung zu knüpfen, die man mit Recht von einem preußischen Cultusminister hier erwarten durfte, daß es bei diesem gesetzlichen Zustande verbleiben müsse. Die Thatsache, daß südliche Schüler einer höheren Lehranstalt sich weigern,

am Sonntagnachmittag, zu schreiben oder irgend eine Schularbeit zu machen, ist doch erst hervorgetreten, seitdem Herr Stöcker seine Judenherrschaft betrieben hat.

Bezeichnend war es zunächst ohne Zweifel, daß Abg. Nehrling die vorgestrigen Ausführungen Stöckers über die Schulverhältnisse der Stadt Frankfurt a. M. dahin berichtigte, daß es sich nicht um „höhere“ Schulen, sondern um Volksschulen handle. Auch Abg. Richter hob in seiner eingehenden, scharfen und überaus zutreffenden Auffertigung Stöckers hervor, daß derselbe bei verschiedenen Gelegenheiten, wie z. B. im Prozeß Bäcker, Aussagen gemacht, die mit der Wahrheit im direkten Widerspruch standen. Vor allem aber constatierte Abg. Richter aus der Stellung, die der Herr Cultusminister vorgestern zu den Stöcker'schen Ausführungen eingenommen hat, daß dessen Wunsch auf eine Änderung der bestehenden gesetzlichen Vorschriften, wonach niemandem der Zutritt zu einer höheren Lehranstalt seines Glaubens wegen verweigert werden kann, hin gehe. Eigenhümlich berührte es, daß der Herr Cultusminister es unternahm, Herrn Stöcker herauszuholen. Er wolle constatierte, daß in Frankfurt a. M. eine Realschule existiere, die von Juden unterhalten und nur von Juden besucht würde. Im übrigen wollte Herr v. Gohler den Eindruck seiner vorgestrigen Rede verwischen. Er erklärte, er sei weder Semit noch Antisemit u. s. w. Daß er tags vorher in dem Sinne Stöckers so gut mit Material versehen war, erklärte der Herr Cultusminister überflüssiger Weise auch noch. Von conservativer Seite antworteten Stöcker und Cremer. Ersterer gab sogar den Grund an, der ihn veranlaßt habe, die Frage wieder anzugehen; es sei das nicht der Wechsel der Verhältnisse, sondern der Ausfall der Wahlen. Außerdem trat Stöcker einen großartigen Wahlrechtswidow vor dem Hause dafür an, daß ihm nichts bewiesen worden sei. Abg. Cremer schlug die alte Taktik ein, die Skuld an der Auffertigung dieser Hetzerei — den Freisinnigen in die Schuhe zu schieben, und bediente sich überhaupt, wie üblich, solcher Argumente, daß es schade wäre, wenn jemand sich noch herbeiließe, mit diesem Herrn ernsthaft zu discutiren. Sehr erfolgreich in dieser Debatte war die kurze Ausführung des Abg. Birchow, der vor allem dem Problem auf den Grund gehen wollte, wer oder was die Auffertigung solcher Debatten veranlaßt hätte, im übrigen aber seine Überzeugung aussprach, daß die Besetzung der Simultanschule auch im höheren Unterrichte nicht gelingen werde, weil das einfach unmöglich sei. Und das wird das Richtige sein, wie sich auch der antisematische Hofprediger und die antisemitischen Conservativen gebeten mögen und welcher Einfluß auch — ob eingebildet oder nicht — hinter ihnen stehen möge.

Nach dem Rücktritte des Kanzlers.

Die nationalliberalen „Hamb. Nachr.“ schreiben: „Es giebt nichts, was für die Weltheberschaft der deutschen Kanzlerkrise bezeichnender wäre, als daß unter ihrem Einfluß die Politik nicht nur in Deutschland, sondern in ganz Europa, wie in Erwartung der Dinge, die in Deutschland geschehen sollen, still zu stehen scheint. Eine ähnliche Wahrnehmung war nur beim Tode Kaiser Wilhelms I. zu machen.“

So übertrieben diese Worte auch sind, die Thatsache steht immerhin klar, daß der Rücktritt des Fürsten v. Bismarck im Auslande einen ungleich lieferen Eindruck hervorgebracht hat, als in Deutschland selbst, und daß der Eindruck des Ereignisses in Preußen noch geringer ist, als im übrigen Deutschland. Auch im Auslande wird niemand daran zweifeln, daß der Kaiser nach dem Rücktritt seines bisherigen Berathers in der allgemeinen Politik eine Änderung nicht eintreten lassen wird. Bis zu den letzten Tagen hat der Kaiser nach einem Auskunftsmitteilung gesucht, um die auswärtige Politik in der Hand des Fürsten Bismarck zu lassen. Und in seinem Schreiben an den Fürsten Bismarck hat der Kaiser der weisen und thatkärflichen Friedenspolitik des Fürsten Anerkennung gezeigt und hinzugesetzt, er sei entschlossen, diese auch künftig aus voller Überzeugung zur Richtschnur seines Handelns zu machen.

Im Auslande ist man von der Ehrlichkeit dieser Erklärung völlig überzeugt. Wenn gleichwohl ein Gefühl des Zweifels und der Unruhe durch die Welt geht, so hat das seine Quelle nur in der Erwartung, daß eine der Lenkens wenig geübte Hand selbst beim besten Willen ein Schiff leicht in Gefahr bringen kann. Indessen für die deutsche Politik ist die Zeit der großen Wagnisse vorüber. Das deutsche Volk hat zwischen den großen europäischen Völkern eine zum mindesten gleichberechtigte Stellung, welche seinen Interessen die erforderliche Berücksichtigung gewährt, errungen. Im großen und ganzen wird es sich darum handeln, diesen uns befriedigenden Zustand zu erhalten, und soweit unser Einfluß reicht, den Ausbruch kriegerischer Verwicklungen hintanzuhalten.

Anders liegen die Dinge auf dem Gebiet der inneren Politik. Die Wahlen waren der Ausdruck einer weitgehenden Unzufriedenheit des Volkes mit den Ergebnissen der Bismarckschen Politik, und diese selbe Unzufriedenheit bestand an den höchsten Stellen. In dem Augenblick, wo es sich zeigte, daß der Einfluß in Staats- und Reichssachen, den Fürsten Bismarck auf Grund Jahrzehnte langer Leitung inne hatte, den Kaiser verhindern werde, andere Wege einzuschlagen, um die Unzufriedenheit selbst zu bekämpfen und die Quellen der Unzufriedenheit zu verstöpfen, da war die Kanzlerfrage im Prinzip im Sinne des Rücktritts des Fürsten Bismarck entschieden. Und deshalb sind alle Bemühungen — selbst die des Herzogs von

Coburg! — den Reichskanzler zu stützen, vergeblich gewesen. Vergeblich wurde in der dem Fürsten Bismarck zu Diensten stehenden Presse Lärm geschlagen. Wenn der Kaiser, bemerkte dazu die „Liberale Correspondenz“, nicht schon vorher seiner Sache sicher gewesen wäre, das Ausbleiben jeder Aufführung des Volkes zu Gunsten des Verbleibens des Fürsten Bismarck konnte ihn nur zu dem entschiedenden Schritte ermuntern. Die Macht des Major domus war gebrochen in dem Augenblick, wo sie klar und deutlich erkannt worden war. König und Volk, Kaiser und Nation sind nun erst ausschließlich auf einander angewiesen. Hoffentlich besteht auf beiden Seiten der ernste und nachhaltige Wille des gegenseitigen Verständnisses!

Autokratie und Parlamentarismus.

In der „Nation“ erörtert der Reichstagsabgeordnete Theodor Barth den Rücktritt Bismarcks. Er empfiehlt den Freisinnigen, jetzt nach dem Sturze Bismarcks gemäß der Maxime Cavouris zu handeln: En politique il n'y a rien d'autant absurde que la rancune! und sagt dann fort: „Uns genügt es, daß das Bismarck'sche System gefallen ist, und zwar für immer. Denn was Fürst Bismarck mit seinem Geschick und seiner Autorität nicht länger aufrecht erhalten konnte, wird niemand nach ihm zu neuem Leben erwecken, kein Minister und auch kein Souverän. Man sieht die Entwicklung der Dinge jetzt vielfach so dar, als ob an die Stelle Bismarcks der Kaiser treten und, wenn auch mit manigfach anderen Anschauungen, das persönliche Regiment fortsetzen werde, das der scheidende Reichskanzler nicht länger aufrecht zu erhalten vermochte. Der Kaiser, so hat man sich wohl ausgedrückt, werde in Zukunft sein eigener Kanzler sein. Wir glauben einstweilen nicht an eine derartige Absicht. Sollte sie aber gezeigt werden, so würde sich nach unserer festen Überzeugung die Un durchführbarkeit derselben in aller Kürze erweisen. In einem Lande mit allgemeinem Wahlrecht ist auf die Dauer keinerlei persönliches Regiment, und sei es das klugste und wohlwollendste, durchführbar. Man vergißt nur zu leicht, daß ein Volk, dem man durch das allgemeine Wahlrecht die Möglichkeit gegeben hat, seinen Willen in umweldeiligster Weise zum Ausdruck zu bringen, auch nach seinem eigenen Willen regiert sein will. Diesen Willen kann man von oben herab in gewissem Umfange beeinflussen, man kann die Erfüllung derselben verzögern oder beschleunigen, aber auf die Dauer wird man ihm nicht widerstehen können. Die öffentliche Meinung ist auch in den monarchischen Staaten unserer Zeit die oberste Macht, die — wie nach Bacon's Ausspruch die Natur — nur parendo vincitur.“

Es gab eine Zeit, wo mit allem Eisir die Theorie vertreten wurde, die beste Staatsform sei die absolute Monarchie, vorausgesetzt, daß der absolute Monarch ein vollkommenes Wesen sei. Die Zeit ist dahin. Der alte, triviale Satz, daß des Menschen Wille sein Himmelreich sei, hat sich im Staatsleben mehr und mehr Geltung verschafft. Man weiß nur das recht zu schätzen, was als Ausdruck der eigenen Überzeugung erscheint. Das ist ja auch die eigentliche Ursache, weshalb die parlamentarischen Regierungsformen trotz ihrer Unvollkommenheit sich die civilisierte Welt unterworfen haben. Nichts ist leichter und wohlseller, als den Parlamentarismus mit seiner Jerschaffenheit, seinem manigfachen Widersprüchen, seinem oft so platzen Gerede lächerlich zu machen. Es gehört zu den nie versagenden dialektischen Künsten des Fürsten Bismarck, diesen Parlamentarismus dadurch zu discredieren, daß er ihn zu einer zielbewußten starken Regierungsgewalt in einem trocknen Segenjahr stellt. Aber dieses Parlament, das er scheinbar so gering achtete, es wurde dennoch der Mittelpunkt seines staatsmännischen Glaubens und Trachtens, weil es der Niederschlag des politischen Willens der Bevölkerung war. Jene oft gehörte Redensart, daß in Deutschland kein Boden für eine parlamentarische Regierung sei, kann danach auch garnicht ernst genommen werden. Parlamentarisch regieren heißt regieren nach dem Willen der Bevölkerung. Die Nothwendigkeit dazu wird nicht durch Verfassungsparagraphen begründet, sondern durch die allmäßliche politische Culturentwicklung. Dieser Culturentwicklung ist das persönliche Regiment des Fürsten Bismarck zum Opfer gefallen. Hätte er mit dem Parlament statt über ihm, nach festen politischen Prinzipien statt als genialer Impressionist regieren wollen, dann hätten die Wurzeln seiner Kraft so tief ins Volk hineingereicht, daß seine Stellung ganz anderen Stürmen gewachsen gewesen wäre, als denen, die ihn jetzt umgeworfen haben. Wir Freisinnigen haben dieser Katastrophe gegenüber daher weniger als je Anlaß, an der Triebkraft unserer politischen Überzeugungen zu zweifeln.“

Waldersee und der Kaiser.

Die Bemerkung eines Platzes, daß der neue Reichskanzler Herr v. Caprivi in militärischen Dingen vielfach von den Ansichten des Grafen Waldersee abweiche, hat den Gerüchten über Differenzen zwischen Waldersee und dem Kaiser in neuen Nahrung gegeben. Vielleicht wirkt die in unseren heutigen Morgentelegrammen mitgeteilte Noth der „Post“, daß der Kaiser den General auf Vorschlag des Reichskanzlers ernannt habe, gleichfalls in dieser Richtung, aber ohne überraschendes Grund. Richtig an der Nachricht der „Post“ ist wohl nur, daß der Reichskanzler unter den Personen, die etwa in Betracht kommen könnten, auch Herrn Caprivi genannt hat, der bekanntlich schon zu der Zeit als er als Chef der

Admiralität zurücktrat, vielfach als zukünftiger Reichskanzler in Anspruch genommen wurde. Was den Vorgang bei der Prüfung der Generalstabsoffiziere betrifft, so steht so viel fest, daß der Kaiser sich über die Art der aufgegebenen Aufgaben gegenüber dem Chef des großen Generalstabes und den übrigen Offizieren in sehr scharfer Weise geäußert hat und daß Graf Waldersee eben so entschieden die gestellten Aufgaben als dem Bildungsstande der Offiziere entsprechend vertheidigt hat. Daraus einen großen Conflict zu konstruieren, wird wohl schwerlich gelingen, obwohl schon von einem Nachfolger des Grafen Waldersee die Rede ist. Als solcher wird vielfach Generalquartiermeister Graf Häußer genannt, der schon vom Kaiser zu diesem Posten in Aussicht genommen gewesen sein soll.

Die „Nordde. Allg. Ztg.“ und der Fürst Bismarck.

In der Cabinetsordre, mit welcher der Kaiser das Entlassungsgebot des Reichskanzlers annahm, heißt es u. a.:

„Die von Ihnen für Ihren Entschluß angeführten Gründe überzeugen mich, daß weitere Versuche, Sie zur Zurücknahme Ihres Antrages zu bestimmen, keine Aussicht auf Erfolg haben.“

Dazu bemerkt, wie in unseren heutigen Morgentelegrammen schon kurz verzeichnet ist, die „Nordde. Allg. Ztg.“:

„In den Blättern wird an der Hand der gestern veröffentlichten allerhöchsten Erklasse an den bisherigen Reichskanzler Fürsten Bismarck die Ansicht geäußert, daß Verlust gemacht seien, den Reichskanzler im Dienste zu halten. Wir sind berechtigt zu glauben, daß Versuche in dieser Richtung überhaupt nicht gemacht worden sind.“

Wieder die „Nordde. Allg. Ztg.“ die Berechtigung schöpft, kaiserliche Cabinetsordres zu korrigieren, erfahren wie aus ihrem Leitartikel in der selben Nummer, worin sie stolz darauf hinweist, daß sie die Ehre gehabt habe, nahezu 3 Decennien hindurch ihre schwache Kraft dem Dienste der Bismarckschen Politik widmen zu dürfen, in näheren Beziehungen zum Kanzler zu stehen. Selbst hinterher ist dieses Jugeblatt nicht ganz ohne Interesse, obgleich die „Norddeutsche“ während der nahezu 3 Decennien jedesmal, wenn es darauf ankam, die Herkunft der amtlichen Cowerts, aus denen sie ihre Weisheit schöpft, kampfhaft verschwiegen. Daß das würdige Blatt auch heute noch der Überzeugung ist, mit seiner „Geistesarbeit“ auf richtigem Wege gewesen zu sein, ist jedenfalls das Späthäste an der Sache. Es scheint, die „Nordde. Allg. Ztg.“ hätte zum Besten des Reichskanzlers wieder geschwiegen.

Die Volkszählung von 1890.

Bekanntlich findet alle fünf Jahre in Deutschland eine Volkszählung statt. Am 1. Dezember des laufenden Jahres wird wiederum eine solche statistische Erhebung vorzunehmen sein, für welche mit Rücksicht auf die dazu notwendigen umfanglichen Vorbereitungen die Anordnungen mindestens 6 Monate vor jenem Zeitpunkte getroffen werden müssen. Dem Bundesrat ist zu diesem Zwecke ein „Entwurf von Bestimmungen für die Volkszählung von 1890“ zur Beschlussfassung vorgelegt worden. Die Bestimmungen betreffen zunächst nur die Uraufnahmen und schließen sich für die vorhergegangenen Volkszählungen maßgebend gewesenen Grundsätzen durchweg an, überstreichen insbesondere nicht die bisher in Betrieb des Umsanges der Erhebungen gestellten Anforderungen an die Lokalbehörden. Es ist vielmehr erstrebni worden, die den Lokalbehörden zufallenden Arbeiten nach Möglichkeit zu vermindern. Durch eine schärfere Umsetzung des Begriffs der „ortsanwesenden Bevölkerung“ ist dafür gesorgt, den Behörden die richtige Erfassung ihrer Aufgabe zu erleichtern. Die „ortsanwesende Bevölkerung“ soll danach in der Gesamtzahl der in der Nacht vom 30. November auf den 1. Dez. innerhalb der Grenzen der einzelnen Staaten ständig oder vorübergehend anwesenden Personen bestehen. Nach der nunmehr vorgeschlagenen Fassung der Bestimmungen enthält ferner für alle Reichsangehörigen die Frage nach ihrer besonderen Staatsangehörigkeit. Eine weitere Einschränkung ist insofern eingetreten, als bezüglich der vorübergehend Abwesenden die auf den Geburtsort, den Geburtsort, das Religionsbekenntnis und auf die ausländische Staatsangehörigkeit bisher gerichteten Fragen weggelassen sind. Bezüglich der Begrenzung der Jährlinge ist nunmehr empfohlen, dieselben in der Art vorzunehmen, daß die Bezirke nicht mehr als 50 Haushaltungen umfassen, und daß sie bei Wohnplätzen von 2000 und mehr Einwohnern ausschließlich aus Theilen des betreffenden Wohnplatzes bestehen. Größere Anstalten, wie Kasernen, Heilanstalten, Großanstalten u. s. w. wird empfohlen als selbständige Jährlinge zu behandeln. Man hofft, daß die Beachtung dieser Empfehlungen ebenfalls zur Vereinfachung der Jährlingebeiträgen wird. Hinsichtlich der aus dem Urmaterial aufzustellenden Übersichten hat der Reichskanzler sich die Vorschläge vorbehalten.

Die bairische Kammer der Abgeordneten begann gestern die Generaldebatte des Cultusstaats. Seitens der Centrumspartei wurde erläutert, in Folge der Ausschließung der Altkatholiken sei bereit, die im Finanzausschuß abgelebten Positionen des Staats nochmals durchüberzudenken. In Vertretung des Cultusministers erklärte der Minister Frhr. v. Crailsheim, er sei zwar erfreut über diese Erklärung, er müsse aber die Berechnung zu Budgetabstrichen aus politischen Gründen überhaupt bestreiten. Hätten die Bischöfe des Landes das jetzt beigebrachte Material gegen die Altkatholiken vor 10 Jahren vorgelegt, dann

hätte die Staatsregierung damals schon die Alt-katholiken als ausgeschlossen behandelt. Die Regierung halte weiter an dem Placetum, auch für Glaubenssachen, fest. Ein Vergleich sei auf dem Wege des Gesetzes nicht zu erzielen. Die Erklärung des Centrums deute eine friedlichere Aera an; die Versuche, den Cultusminister v. Lutz fortzudrängen, seien aussichtslos; das Ministerium sei einig, es sei kein liberales Parteicabinet. Lutz würde, im Falle der Frieben des Landes dies erforderne, sofort zurücktreten, doch dann entstände erst recht Unfrieden. Die Krone stehe hoch über dem Ministerium und dem Landtage; die bisherigen Zugeständnisse bahnten ein friedliches Verhältnis zwischen Staat und Kirche an, die politischen Parteien sollten sich nur nicht immer in Verfassungsstreitigkeiten abnuhen. Dann könnten sie der Regierung beistehen in der Bekämpfung der die Staats- und Gesellschaftsordnung bedrohenden feindlichen Gewalten. Hierin erblickte er, der Minister, ein ernsthaftes Ziel für die staats-erhaltenden Parteien. Wenn sich die Hoffnung hierauf, die die Centrumserklärung eröffne, verwirkliche, werde das Land diesen Parteien danken.

Verhaftung eines socialistischen Deputirten in Rom.

Die italienische Deputirtenkammer beendete, wie aus Rom telegraphirt wird, gestern die seit drei Tagen dauernde Berathung über die Genehmigung der Kammer zur Verhaftung des socialistischen Deputirten Costa. Gardesaur erklärte, das Urtheil des Gerichts müsse ungehindert seinen Lauf nehmen. Ministerpräsident Crispi erklärte, er lehne jede Motive ab, durch welche die Verhaftung abgelehnt wird, und er bitte die Kammer einen Beschluss entsprechend dem Antrage der Commission auf Verhaftung Costas zu fassen. Vor der Abstimmung nahm Costa noch das Wort und führte aus, er habe schon ein ander Mal 5 Jahre Gefängnis durchgemacht und er werde auch jetzt die Jahre überstehen, zu denen er verurtheilt ist; er könne nur versichern, daß er der ihm zur Last gelegten That nicht schuldig sei. Bei der Abstimmung wurde der Antrag auf Verschiebung der Verhaftung Costas mit 181 gegen 104 Stimmen abgelehnt, ferner wurde der Antrag, die Regierung zur Verhaftung Costas nicht zu autorisiren, mit 159 gegen 109 Stimmen abgelehnt, dagegen der Antrag der Commission auf Verhaftung Costas mit großer Majorität genehmigt.

Die Vorbereitung des Prozesses Panika in Sofia nimmt bei weitem mehr Zeit in Anspruch, als angenommen worden war. In unterschieden Kreisen der bulgarischen Hauptstadt wurde angekündigt, daß die öffentliche Gerichtsverhandlung Anfang März stattfinden werde; gegenwärtig heißt es wieder in denselben Kreisen, der Prozeß werde in etwa 8—10 Tagen beginnen. Aber auch diese Voraussage muß als sehr zweifelhaft angesehen werden; es hat vielmehr den Anschein, daß die Größnung des öffentlichen Verfahrens nicht vor drei Wochen erfolgen dürfte, da die Untersuchungs-Commission kaum ihre Arbeiten beendet und dem Staatsanwalt das Material zur Abfassung der Anklageschrift soeben erst übergeben hat. Auf den Ausgang des Prozesses ist man in Sofia eigentlich nur insoweit gespannt, als derselbe allgemeiner Erwartung zufolge die unzuverlässigsten Beweise von der Mitwirkung auswärtiger Einflüsse bei der Verschwörung an den Tag fördern werde. Was den Helden der traurigen Affäre betrifft, ist derselbe schon heute ein politisch totter Mann.

Die Lage in Centralasien.

In einem Dementi der von einem österreichischen Blatte gemeldeben Concentrirung russischer Truppen an der afghanischen Grenze constatirt das „Journal de St. Petersbourg“, es herrsche vollkommene Ruhe an der Grenze, nichts lasse eine Störung der bestehenden Verhältnisse voraussehen. Das Journal bemerkt ferner, daß die Verbreitung dieser Nachricht nichts weiter als eine Speculation gegen russische Werthe sei, was schon daraus hervorgeinge, daß dieselbe zu einer Zeit verbreitet wurde, wo eine Creditoperation seitens der russischen Regierung bevorstand.

Abogeordnetenhaus.

Nachdem ein Schreiben verlesen ist, in welchem Minister v. Bötticher die Erziehung des Fürsten Bismarck durch den General v. Caprivi mittheilt, wird die gestern

vergabte Debatte fortgesetzt.
Abg. Mehler (nat.-l.): Die gestern vom Abg. Stöcker angeführten und vom Minister bestätigten Angaben über die israelitischen Schulen in Frankfurt a. M. entsprechen den tatsächlichen Verhältnissen nicht. (Hört, hört! links.) Es sind allerdings vor Jahren durch Stiftungen aus der jüdischen Gemeinde Schulen gegründet worden und werden noch erhalten, es sind aber nur israelitische Volks- und Mittelschulen. Unsere höheren Communalsschulen, die Realgymnasien, höheren Löchterschulen und Gymnasien werden von den Kindern unserer jüdischen Mitbürger ebenso besucht, wie in anderen Städten der Monarchie. Schwierigkeiten sind daraus weder für den Unterricht noch für die Schulverwaltung entstanden. Es ist unser gerechter Stolz, daß, was Bildung und Lebensstellung betrifft, in unserer alten Kaiserstadt kein Unterschied besteht zwischen den

Bürgern verschiedener Konfessionen. (Beifall links.)
Abg. Bachem (Centr.) freut sich, daß der Minister gestern ein gutes Zeugnis für die Wirkung der von uns immer erstrebten Beseitigung des Simultanschulwesens bezüglich der Elementarschulen abgelegt hat. Die Ausführungen des Abg. Stöcker verlangen aber noch eine Ergänzung nach der katholischen Richtung

Abg. Rickert: Ich will mich auf die Frage der Simultanschulen jetzt nicht einlassen, da sie mehr zum Kapitel des Volksschulwesens gehört. Dass die konfessionellen Schulen besonders gut gewirkt haben können wir nicht sagen, und auch die Ausführungen des Cultusministers haben mich vom Gegenthell nicht überzeugt. Ich bin zufrieden, dass es mir gestern gelungen ist, den Cultusminister zu bewegen, seiner Meinung öffentlich Ausdruck zu geben. Das war der Hauptzweck meiner Bemerkungen, viel mehr als die Rede des Herrn Stöcker. Den verehrten Herrn kennen wir genugsam, aber es ist uns von Bedeutung, zu wissen, wie die conservative Partei und der Cultusminister über diese Dinge denken. Der Cultusminister hat mit der Offenheit, die ihn immer auszeichnet, auch gestern gesagt, was er denkt. Vielleicht hat er noch nicht Alles gesagt, da er, wie er sagte, auf Grund des massenhaften Materials, welches er seit 1883 gesammelt hat, mit seinen Entschlüssen noch nicht fertig geworden ist. Erfreut bin ich über seine Ausführungen nicht gewesen (Lachen rechts), sie haben mich im Gegenthell bitter enttäuscht. Ich habe nicht geglaubt, dass der Vertreter des Unterrichtswesens in Preußen sich in dieser Herrn Stöcker so angenehmen Weise äußern werde. Er hat gesagt, ich hätte die Rede des Herrn Stöcker bekämpft, wie ich gewünscht hätte, dass sie gehalten worden wären. Was gibt dem Minister das Recht, zu einer derartigen Unterstellung? Er mag mir

lauben, wenn ich ihm die aufrichtige Versicherung gebe, daß ich über die ganze antisemitische Bewegung genau so denke, wie es aus hohem Munde einst unter dem Jubel der deutschen Bevölkerung ausgesprochen ist, daß der Antisemitismus eine Schmach für die deutsche Nation ist. (Unruhe rechts.) Und ein Mann, der davon überzeugt ist, daß es eine Schmach ist, der sollte den Wunsch haben, daß ein Geistlicher, ein Holzprediger hier mit einer solchen Hetze rede, wie er sie gestern gehalten hat, kommen soll? Lärm rechts.) Nein, eine Schmach und Schande ist es, und ich weise diese Unterstellung des Ministers auf das entschiedenste zurück. Ich constatiere aber, daß der Cultusminister manche Dinge in der Stöcker'schen Rede nicht gehört hat. Er hat die Sache so angehen, als ob der Herr hier rein unterrichtlich-technische Fragen so ganz harmlos erörtert hat. Nein, die Sache liegt ganz anders. In alle seine Bemerkungen hat hr. Stöcker Wendungen eingestreut, die an seine bekannte antisemitische Agitation erinnern. Schon wenn er sagt, daß die Juden meist in den Beschäftigungsgegenden und in den eleganten Quartieren wohnen, was er später in der zweiten Rede noch weiter ausführt; wenn er dann weiter sagt, man solle ihm nicht zumuthen, seine Kinder mit jüdischen Kindern zusammen die Schule besuchen zu lassen, so ist das doch keine so sanfte, wohlwollende Form der Discussion, wie es der Cultusminister dargestellt hat. Weiter sagte Herr Stöcker — und das scheint der Cultusminister auch nicht gehört zu haben — „Das junge Judenthum in den christlichen Volksschulen weckt den Zweifel, erzeugt den frivolen Geist und ist daher eine sittliche Gefahr von der größten Tragweite.“ Wie sanft und objectiv! hr. Stöcker ist ja überhaupt ein Lamm der Liebe. (Großer Heiterkeit.) Der Cultusminister aber findet keinen Grund, von seiner Stelle aus gegen derartige Schilderungen zu protestiren! Wenn hr. Stöcker erklärt, daß die christlich-nationalen Bildung durch den Besuch jüdischer Kinder in den höheren Lehranstalten erschwert werde — scheint das dem Cultusminister so harmlos? Will er die Consequenzen daraus ziehen? Und weiter scheint der Cultusminister überhaupt zu haben den Schluss der Rede, worin Stöcker sagt, daß jüdische Großkapital stehe in Berlin an der Spitze der Umsturzbewegung, und dem Cultusminister zuzurufen magt: „Die Frage des Überwucherns des Judenthums im höheren Schulwesen ist spruchreif; wir müssen daran denken, uns vor dem Umsturz zu schützen.“ Wie denkt denn der Cultusminister darüber? Ist das so harmlos, wenn man unseren jüdischen Mitbürgern so in Faust und Bogen Umsturzideen unterschiebt? Das liegt doch mit nackten, dürren Worten darin, und ich glaube, daß alle Parteien, auch Sie da drüber (nach rechts), eine andere Auffassung der Stöcker'schen Rede gehabt haben, als der Cultusminister. Das war nur der erste Angriff, die Sache soll noch weiter fortgesetzt werden. Mir war nur auffallend, daß Herr Stöcker gerade den gestrigen Tag, an welchen in unserem Staatswesen große, weittragende Veränderungen vorgegangen sind, sofort für geeignet hielt, um das Werk, welches er 1880 begonnen und welches an dem Willen der deutschen Nation so kläglich gescheitert ist, wieder aufzunehmen. Glaubt hr. Stöcker, daß seit dem gestrigen Tage seine Zeit gekommen ist? Ich glaube, die Herren irren sich gerade so, wie sie geirrt haben bei der großen Petitionsbewegung von 1880. Der Cultusminister, dessen Rede für uns sachlich erheblich wichtiger ist, wie die Ausfälle Stöckers, hat anerkannt, daß nach den Gesetzen des Landes die Erfüllung des Stöcker'schen Wunsches unmöglich ist. Das Landrecht sagt in Tit. 12 § 1: „Schulen und Universitäten sind Veranstaltungen des Staates, welche den Unterricht der Jugend in nützlichen Kenntnissen und Wissenschaften zur Absicht haben“. Es wäre hr. Stöcker sehr gut, wenn er diesen § 1 auswendig lernte, damit er einmal wähle, welches die Intentionen des Gesetzgebers sind. Der § 12 des selben Titels heißt: „Niemanden soll wegen des Glaubensbekennisses der Zutritt zu diesen öffentlichen Schulen veragt werden.“ Interessant ist es, daß die Herren, aus deren Mitte heraus neulich einmal die Forderung nach einem Unterrichtsgesetz als immer wiederkehrende Geeschlange bezeichnet wurde, jetzt die Forderung nach einer wichtigen Änderung des gesetzlichen Zustandes stellen. Der Cultusminister sagte, seit 1883 sammle er Material, und obwohl er nicht darauf vorbereitet war, hat er uns sofort mit einem ganz großen statistischen Material gediengt. Er führt es also sogar mit sich, wenn er auf solche Stöcker'sche Ausführungen garnicht gefaßt ist. Es scheint dieses Material ihm also sehr nahe ans Herz gewachsen zu sein. Er erklärt die Frage für ein „schweres Problem“, mit dem er sich beschäftige, und wie er sich damit beschäftigt, können wir daraus sehen, daß er sagt, es wäre ja nicht wunderbar, wenn sich unter Umständen die „Gehnsucht nach einer confessionellen Trennung“ bemerkbar macht. Ich schließe daraus, daß der Unterrichtsminister einer solchen Änderung des gesetzlichen Zustandes geneigt ist. Ich hoffe aber, daß das preußische Volk wird es nicht erleben, daß es Herrn v. Goshler gelingt, solche Änderungen herbeizuführen. Ich weiß nicht, ob der Minister nach der zweiten Rede Stöckers noch immer glaubt, daß derselbe so objectiv und harmlos, so unterrichtlich-technisch und durchaus nicht antisemisch gesprochen habe. Die zweite Stöcker'sche Rede läßt in der That allen Zweifel fallen. Da heißt es: „Eine politische Auffassung ist es, daß man das Judenthum als Collectivum betrachtet, welches sowohl auf unser gewerbliches, wie auf unser geistiges Leben einen schädigenden Einfluß ausübt.“ Das ist natürlich kein Antisemitismus! Und wenn Stöcker sich ba noch über die Bezeichnung Hetze beschwert, so frage ich: Ist es würdig, in solcher Weise über einen großen Theil unserer Mitbürger zu urtheilen, ist das vor allem würdig für einen Geistlichen, einen Prediger oder Menschenliebe? (Gehr wahr! links.) Und wenn hr. Stöcker meint, wir brächte, keine Thatsachen — nun, Thatsachen bringen wir genug und nicht bloß in Flugblättern, aber das ist allerdings noch keinem von uns passirt, wie es hr. Stöcker in dem Prozesse Bächers passirte, daß vom Gericht festgestellt ist, daß die Thatsachen, die er vorbrachte, mit der Wahrheit in directem Widerspruch standen. (Großer Lärm rechts.) Er greater Jurus Stöckers.) Genau so, wie der Hinweis auf die eleganten Quartiere, in denen die Juden wohnen, so ist es auch mit dem Hinweise auf die angeblichen Worte Drossens von den schönen Häusern der Juden und den Kellerwohnungen der Christen. (Gehr richtig! rechts.) Nun, ich kenne viele Juden, die im Keller wohnen. (Lachen rechts.) Wie hr. Stöcker mit den Thatsachen umgeht, hat er wieder mit dem Hinweis auf die Frankfurter Verhältnisse bewiesen; heute ist ihm das große Schwert, das er da führte, von dem Abg. Weckler mit ein paar Worten aus der Hand gewunden. Buletzt hat Herr Stöcker uns beschuldigt, daß wir als Deutsche uns hergeben zu dieser „Verwüstung des Volkes durch das Judenthum“. Das ist auch so sanft — das reine Lamm der Liebe! (Heiterkeit.) Giebt der Cultusminister das auch als unterrichtlich-technisch an? Das ist dieselbe Aufsetzung der Gemüther, mit der Stöcker 1880 die antisemitische Bewegung eingeleitet hat; gestern hat er das Gebäude gekrönt. Er sagt mit kaltem Blute, der große König Friedrich dächte ebenso über die Judenfrage wie er; er beruft sich dafür auf ein Edict, dessen Richtigkeit ich noch nicht habe prüfen können. Ich möchte ihm einmal empfehlen, die Werke des alten Fritz zu studiren. Der alte Fritz hat einmal gesagt, daß keine Religion in Betreff der Sittenlehre von einer anderen sehr abweiche, und er hat den Unterricht in der Sittenlehre immer als die Hauptfache hingestellt. Was die Worte „christlich-national“ bedeuten, hat der bekannte Theologe Baumgarten hr. Stöcker in einer Weise auseinandergesetzt, daß diesem die Lust verging, ihm zu antworten. Herr Stöcker kennt ja diese Broschüre, die auch als zeitgemähes Werk von hoher Güte aus bezeichnet wurde. Wie Stahl über den christlichen Staat dachte, weiß ich sehr auf; ich habe es auch nur als Ironie bezeichnet.

az der Vorkämpfer gegen das Judenthum auf dem
oden steht, den ein Jude, der Jude Stahl, aufgebaut
at. Mit den Erfindungen eines Juden schmücken Sie
ch! (Lärm rechts.) Eigene Gedanken darüber haben
sie nicht. Sie müssen sie einem Juden nachhören, der
llerdings, weil er vom Judenthum zum Christenthum
bergang, nun seine früheren Glaubensgenossen
m so särker bekämpfte. Ich möchte Herrn
Stöcker empfehlen, einmal den „Fürstenspiegel“
om alten Fritz durchzulesen. Da spricht er
on den kindischen Priesterzänkereien, denen er
icht genug Verachtung entgegenbringen kann, und er
ezeichnet den Aberglauben und den Fanatismus
ieser Priester als ein Verderben für das ganze Staats-
esen. „Arbeitet Goch los“ — so ruft er ihnen zu —
von dem Religionsfanatismus, welcher Verfolgung
vorrust. Die Verfolgung macht Goch zum Abscheu“. (Beifall und Heiterkeit links.) So sprach Friedrich der
Große, der bekanntlich nach der gestrigen Entdeckung
es hrn. Stöcker so dachte, wie der hofprediger Stöcker.
Ich habe schon hervorgehoben, es würde mir nicht ge-
ohnt haben, mit Stöcker gestern anzufangen, wenn ich
ich nicht an den Cultusminister hätte wenden wollen,
damit das preußische Volk weiß, was dieser neue
antisemitische Feldzug bedeutet und in wie weit die
preußische Regierung eine Unterstützung zu gewähren
bereit ist. 1880 war der erste Feldzug. Damals
wollte Stöcker ebenso sanft als ein Prediger der
Liebe die Judentfrage in diesem Hause besprochen
und über den unerträglichen Einfluss der Juden ge-
klagt. Unerträglich ist dem hrn. Stöcker ja schon, daß
die jüdischen Mädchen die Töchterschulen besuchen; er
sieht die Töchterschulen der „Verjudung“ entgegen-
gehen — ein sehr geschmackvoller Ausdruck, an dem
aber der Cultusminister keinen Anstoß nahm. 1880
gestritt Herr Stöcker, daß er darauf ausginge, den
Juden die staatsbürglerlichen Rechte zu beschränken,
und als wir ihn daran erinnerten, daß er doch eine die
Beschränkung dieser staatsbürglerlichen Rechte fördernde
Petition unterschrieben habe, da erklärte er schlank-
weg: „Ich habe nicht unterschrieben“. Als wir ihm
dann aber aus dem „Reichsboten“ den Nachweis
liefern, da mußte er sich angestellt dieser That-
taten zurückziehen und sagte, er habe die Petition
nicht veranlaßt, sondern erst nachträglich unterzeichnet.
Erst dieses Zugeständnisses aber behauptet er, er
olle die volle verfassungsmäßige Gleichberech-
nung aller Confessionen, also auch der Juden.
Man muß es auch gesehen haben, wie der
herr, als er den Tanz um das goldene Kalb hier vor-
gebracht hatte, sich dann ängstlich und armselig (Lachen
rechts) zurückzog, als hr. Zelle ihn aufforderte, die
Namen vorzulegen. Und ein Herr mit solcher Ver-
gangenheit (Lachen rechts). Gehr gut! links) wendet
sich gegen einen großen Theil fleißiger Mitbürger,
welche im Kriege wie im Frieden ihre Schuldigkeit für
das Vaterland gethan haben. (Oho! rechts.) Ich hoffe
aber, daß dieser engherige und armselige Standpunkt
einen Widerhall im deutschen Volke findet, und daß
dieser zweite antisemitische Feldzug ebenso klaglich
endigen wird, wie der erste. Dieses feste Jutrauen
habe ich zum preußischen Volk. Es wird festhalten an
den Grundsätzen Friedrichs des Großen, daß das
Staatswesen auf der menschlichen Liebe, auf der
Humanität und Toleranz für die Dauer am sichersten
sitzt, und wird alle antisemitischen Tendenzen
im lieine zurückweisen. (Lebhafte Beifall links, lachen
rechts.)

Minister v. Gossler will auch heute so objektiv
sprechen wie gestern; das entspräche seinem Ressort.
Der Vorredner sagt, ich hätte die Absichten Stöckers nicht
durchschaut, diese aber ergäben sich aus seinen einge-
tretenen Bemerkungen. Ich versuche, aus den Partei-
reden das herauszuholen, was mir das Werthvolle ist.
Ich habe meine Erklärungen nicht nach den eingestreu-
ten Bemerkungen einzurichten. Wenn ich auf eingestreute Bemerkungen den Nachdruck legen wollte, was
siehe sich nicht gegen hrn. Rickert sagen! (Gehr richtig!
rechts; Abg. Rickert: Gentren Sie sich garnicht!) Ich
mache von Ihrer Erlaubnis keinen Gebrauch. Ich stehe
eben an einer anderen Stelle wie Sie. Vielleicht treffen
wir uns bei einer anderen Gelegenheit in einer anderen
Arnea zusammen, da werde ich zwar nicht diese
Bemerkungen einstreuen, aber deutlich kann ich
auch sein. (Beifall rechts.) Der Abgeordnete sprach
von der Notwendigkeit, die Tendenz meiner gestrigen
Rede klar zu erkennen; die Tendenz kenne ich selber
nicht. Mit Tendenzen beschäftige ich mich erst dann,
wenn ich eine Sache voll erfaßt habe. Das habe ich
hier nicht. Der Minister verwahrt sich dagegen, als ob
er auf die Stöcker'sche Rede vorbereitet gewesen sei.
Das Material, welches er gestern mitgetheilt, habe er,
wenn sein Etat zur Berathung stehe, stets bei sich.
Eine Tendenz habe seine Rede überhaupt nicht haben
sollen. Ich bin weder Semit noch Antisemit; die
Staatsregierung auch nicht. Was Frankfurt anlangt,
so halte ich aufrecht, daß dort eine von
den israelitischen Religions-Gesellschaft unter-
haltene Real-Schule besteht, ebenso eine Real-
Schule der jüdischen Gemeinde. Beide Schulen werden
nur von Juden besucht. Auf den Gymnasien besteht
eine solche Scheidung nicht. Ich habe gestern nur gesagt,
die Unterrichtsverwaltung müsse die konfessionelle
Entwicklung prüfen. Rücksichten auf Festtage etc. ge-
bieten äußerste Vorsicht. Die Unterrichtsverwaltung ist
vielleicht milder, als die Anforderungen der eigenen
Religionsgemeinschaft. Ich studire die Sachen, suche in
den einzelnen Fällen Ordnung zu schaffen, aber ich
lässe mich nicht auf den Standpunkt drängen, daß ich
die Gemiten oder Antisemiten unterstützen. (Beifall rechts.)

Abg. Cremer (cons. bei keiner Fraktion): Die Judent-
frage hat durch die freisinnige Interpellation von 1880
das Bürgerecht im Parlament erhalten; wenn jetzt bei
dieser Debatte den Juden etwas Unangenehmes gesagt
wird, so sind daran wieder die Freisinnigen schuld. Wir
halten keine Gehreden, wenn wir über Juden sprechen.
Das den Juden bewilligte Staatsrecht können wir nicht
verkürzen. Der ganze Antisemitismus ist den Spektakel
nicht werth, den man darum macht, wenn nicht jeder
Soll, der dem jüdischen Einfluß abgenommen wird,
dem Christenthum wiedergewonnen wird. Nur dann
wird Deutschland deutsch bleiben. (Beifall rechts.)

Abg. Rickert: Wenn der Herr Cultusminister in der
ersten Rede von Herrn Stöcker wiederum nur Dinge
von unterrichtstechnischer Natur sand, so möchte ich
ihn bitten, sich nochmals die Stelle anzusehen, in der
herr Stöcker es wagt, die Juden verantwortlich für die
Umwurzideen zu machen. Kann man einen un-
gerechteren Vorwurf gegen einen großen Theil unserer
Mitbürger richten? Mit Unrecht saß der Herr Cultus-
minister es so auf, als ob ich ihm unterstellt hätte,
er sich mit Herrn Stöcker gewissermaßen unter
eine Decke stecke. Ich habe nur gesagt — und daran
halte ich fest — der Umstand, daß er zufällig das
Material bei sich gehabt habe, beweist, wie sehr ihm
die Frage am Herzen liegt. Ich bedauere, daß er
nicht kurz und bündig die Ansprüche des Herrn Stöcker
herübriggewiesen hat.

Abg. Stöcker (conf.): Die Judentfrage ist nur von
den Herren Anörke und Rickert angeregt worden,
lediglich im agitatorischen Interesse. Herr Rickert hat
einen hohen Mund, der längst geschlossen ist, sprechen
lassen. Die Außerung dieses hohen Mundes ist nie-
mals constatirt worden. (Tawohl! links.) Ich könnte
die Abschrift eines Briefes zeigen; ein hochgestellter
Mann hat an die betreffende hohe Person die Anfrage
gerichtet, ob das Wort gesprochen sei, und darauf ist
keine Antwort erfolgt. Ich bin als Prediger ver-
schleift, die Wahrheit zu predigen. (Große Heiterkeit
links.) Ich habe noch lange nicht die Sprache geführt,
welche das neue Testament gegen die Juden spricht, ob-
wohl mir das kein Deutschfreisinniger verwehren könnte.
Herr Rickert hat Dinge, die 10 Jahre zurückliegen,
ieder aufgewärmt. Es kann doch vorkommen, daß
man auf der Tribüne nicht jedes Wort genau
überlegt. Wenn gegen irgend einen Menschen
die Richtswürdigkeit der jüdischen Presse sich
erschöpft hat, so bin ich es, und das hat
air garnicht geschadet. (Gehr richtig! rechts.)
Den alten Fritz sollte hr. Rickert nicht literarisch citiren.

ndern aus seinen Regierungsakten, und die sind auch
hr jüdenfreundlich. Ich soll meine Unterschrift unter
e Antisemitenpetition geleugnet haben. Hält man
es wirklich für möglich, daß jemand eine Unterschrift
leugnet, die auf 23 000 Exemplaren gedruckt ist? Den
Prozeß Bäcker sollte Hr. Rickert auf sich ruhen lassen;
ich erinnere nur an den Richter, der den Vorsitz dabei
hatte, und an die Erkenntnisse, welche ergangen sind.
Über die Sache selbst habe ich nichts mehr zu sagen.
Es handelt sich nicht um die Emancipation der Juden
von den Christen, sondern der Christen von den Juden.
(Seifall rechts.)

Deutschland.

* Berlin, 21. März. Der Bundesrat ertheilte
i der am 20. d. M. unter dem Vorsitz des Vice-
präsidenten des Staatsministeriums, Staatssecre-
tärs des Innern Dr. v. Bötticher abgehaltenen
Sitzung dem Entwurf eines Gesetzes für
Elsach-Lothringen betreffend die Einrichtung von
Grundbüchern die Zustimmung. Der Entwurf
eines Gesetzes für Elsach-Lothringen über die
Kosten in Grundbuchsachen, der Entwurf eines
Gesetzes wegen Abänderung von Bestimmungen
des Strafgesetzbuchs und die Vorlage betreffend
die Volkszählung von 1890 wurden den zustän-
digen Ausschüssen zur Vorberathung überwiesen.
Endlich wurde über die geschäftliche Behandlung
mehrerer Eingaben Beschluss gefasst.

Berlin, 21. März. Die Vorarbeiten für den Neubau des Berliner Domes sind so weit vor-
geschritten, daß die Prüfung und Festsetzung des
Bauplanes und des Anschlages durch die oberste
Baubehörde erfolgen kann. Nach den bestehenden
Vorschriften über die formellen Voraussetzungen
der Gatsauffstellung müssen die Neubedürfnisse
der verschiedenen Ressorts bis zum 1. Juli nicht
nur angemeldet, sondern auch vorschriftsmäßig
begründet sein. Zu der vorschriftsmäßigen Be-
gründung von neuen Bauten gehört die Super-
vision des Projectes und Konstenanschlasses. Es
ist demnach zu erwarten, daß, nachdem bereits
durch den laufenden Stat eine Rute zu Vorarbeiten
für den Dombauplan bewilligt ist, der Bau selbst
ur Anmeldung für den Stadthaushaltsetat des
Jahres 1891 bis 1892 gelangen kann.

— Das Directorium des Centralverbandes deutscher Industrieller hat in seiner heute zu Berlin stattgehabten Sitzung beschlossen, dem Fürsten v. Bismarck eine Adresse zu überreichen. Die Übergabe der Adresse wird demnächst in Friedrichsrug stattfinden.

* [Ein Zwiegespräch zwischen dem Kaiser und dem Grafen Herbert Bismarck] heißt die conservative „Allg. Reichs-Corr.“ mit: Der Graf fuhrte, um seine Enthaltung bittend: „Ich lebe und sterbe mit meinem Vater.“ Der Kaiser erwiderte darauf: „Das ist sehr schön, ich dachte aber, Sie würden mit mir leben und sterben.“

* [Abschied.] Der General der Infanterie v. Struberg, General-Inspecteur des Militär-Erziehungs-

nd Bildungswesens, ist in Genehmigung seines Abschieds-
esuches mit Pension zur Disposition gestellt.

* [Der Ausfall der Magdeburger Nachwahl] um Reichstage hat im socialdemokratischen Lager alle Freude hervorgerufen; die Socialdemokratie erlangte am 20. Februar 17 261 Stimmen, während auf den Deutschfreisinnigen 6860, auf den Nationalliberalen 10 100, auf den Centrums-candidaten 131 Stimmen fielen. Der damalige socialdemokratische Candidat v. Vollmar hat sich Wochen lang in Magdeburg aufgehalten, eine ungemein rührige Agitation entfaltet und erfreut sich zudem bei den Arbeitern der größten Belebtheit. Jetzt hat der socialdemokratische Candidat, Schuhmacher Bock, 18 454 Stimmen erhalten; die socialdemokratischen Stimmen sind also um 1193 Stimmen gewachsen, während Voss nur mit geringer Majorität gewählt wurde, hat Bock den Sieg leicht errungen. Die Socialdemokraten hatten ein derartiges Anwachsen ihrer Stimmenzahl nicht vermutet und darum war ihre Freude um so größer. — Die Freisinnigen haben den Wahlkampf nicht mit grossem Nachdruck betrieben, so dass ihre Stimmenzahl etwas zurückgegangen ist.

* [Vernichtungsanhalten zum Invaliditäts- und Altersversorgungsgesetz.] Verschiedene Blätter, u. a. die „Kreuzzeitung“, wissen zu melden, daß für die Invaliditäts- und Altersversicherung 6 Versicherungsanstalten errichtet werden würden. Diese Mittheilung ist irrig. Es werden vielmehr, den Vorschlägen der einzelnen Bundesstaaten entsprechend, insgesamt 31 Versicherungsanstalten

* [Roheisenproduktion.] Nach den statistischen Ermittlungen des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller belief sich die Roheisenproduktion des deutschen Reichs (einschließlich Luxemburgs) im Monat Februar 1890 auf 362 026 Tonnen; darunter Puddelroheisen und Spiegelroheisen 168 364 To., Bessemerroheisen 34 367 To., Thomasroheisen 118 049 To. und Gießereiroheisen 41 246 Tonnen. Die Produktion im Februar 1889 betrug 334 912 Tonnen, im Januar 1890 374 066 Tonnen. Von 1. Januar bis 28. Februar 1890 wurden produziert 736 092 Tonnen gegen 702 023 Tonnen im gleichen Zeitraum des Vorjahrs.

Braunschweig, 21. März. Dem „Tageblatt“ zu-
folge ist der Strike auf den Gruben „Prinz
Wilhelm“ und „Nordschacht“ nach Aufbesserung
der Löhne und Entlassung einer Anzahl fremder
Arbeiter ebensfalls beseitigt. Auf allen Braun-
schnohlengruben herrscht jetzt wieder vollständige
Ruhe und ungestörtes Betrieb.

Barmen, 21. März. In Anbetracht, daß nur noch 170 Gesellen die Arbeit nicht wieder aufgekommen haben, beschloß eine gestern stattgehabte Versammlung von Niemendreherei-Besitzern, die auf heute angekündigte Betriebssperre nicht einreten zu lassen.

Meiningen, 20. März. Der Herzog ist mit einer Gemahlin vorgestern abgereist. Die Reise wird über Wien nach Triest, Brindisi, Corfu und

Dresden, 18. März. Nach einer im „Dresden-Journ.“ veröffentlichten amtlichen Zusammenstellung der Ergebnisse der letzten Reichstagswahl betrug die Zahl der Wahlberechtigten im Königreich Sachsen 701 222, d. h. + 45 008 gegen 1887 und + 78 430 gegen 1884. Die größte Zahl von Wahlberechtigten weisen die Kreise Leipzig-land (55 000), Chemnitz (44 000) und Dresden-Stadt (38 000) auf, während in Oschatz-Wurzen die wenigsten Stimmberechtigten (23 312) vorhanden waren. Die Wahlbeteiligung hat diejenige von 1887 noch beträchtlich überschritten, denn diesmal wurden 572 424 gültige Stimmen abgegeben, d. h. 53 066 mehr als 1887 und 109 766 mehr als 1884. Es haben also diesmal 1,6 Proc. der Wähler von ihrem Wahlrechte Gebrauch gemacht gegen 79,11 Proc. im Jahre

1887 und 58.2 proc. vor 6 Jahren. Am stärksten war die Wahlbeteiligung in Leipzig-Stadt und Leipzig-Land, wo 88.5 procent der Wähler an der Urne erschienen, am schwächsten in Bautzen, wo die Wahlbeteiligung nur 65.8 proc. betrug. Auf die sozialdemokratischen Kandidaten entfielen 241 187 oder 42.1 proc. der abgegebenen Stimmen, gegen 149 200 oder 28.8 proc. im Jahre 1887. Die freisinnige Partei hat ein Mehr von 22 901 Stimmen gegen 1887 zu verzeichnen; ihr Anteil an der Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen hat sich von 5.7 auf 9.2 proc. erhöht. Die vereinigten Cartellparteien haben dagegen 62 156 Stimmen gegen 1887 verloren und ihr Anteil an der Gesamtzahl hat sich von 65.5 auf 48.5 proc. erniedrigt.

Dresden, 21. März. Die Leiche des verstorbenen Bischofs Bernert wurde heute mit großer Feierlichkeit beigesetzt. Die königlichen Prinzen, das diplomatische Corps, die Generalität und die Minister wohnten der Beisetzung, bei welcher der Superior Will die Rebe hielt, bei.

Strasburg i. E., 21. März. Der Landesausschuss hat sich bis zum 15. April verlängert.

Frankreich.

Paris, 21. März. [Senat.] Der Präsident Leroyer verlas ein Schreiben des Bonapartisten Naquet, in welchem dieser seine Demission als Senator giebt und sagt, er habe sich zur Annahme eines Mandats auf Grund des beschränkten Stimmrechts nur deshalb verstanden, um das Gesetz über die Gewerbeabgabe durchzubringen zu helfen. Er sei stets ein Gegner des Zweikammer-Systems gewesen. Die weitere Verleugnung des Schreibens wurde mit lebhaftem Widerspruch aufgenommen. Der Senator Toucher de la Carrière verlas seinen Bericht, in welchem die Ernennung einer Zollcommission von 36 Mitgliedern beantragt wird, und ersucht um sofortige Berathung. Diese wurde aber mit 128 gegen 117 Stimmen abgelehnt. (W. L.)

Paris, 21. März. Wie verschiedene Blätter melden, ergab die gestern vorgenommene teilweise Mobilisierung der in Paris garnisonirenden Cavallerie befriedigende Resultate. (W. L.)

Nizza, 21. März. Zu Ehren des Großfürsten Nikolaus fand gestern an Bord der "Formidable" ein Dejeuner statt, bei welchem der Großfürst einen Toast auf die französische Marine ausbrachte, während der Admiral Duperré Thouras auf das Wohl des Großfürsten sprach. (W. L.)

* [Das Tafelgeräth der Königin von England.] das in zwei mit eisernen Sicherheitswänden versenen Zimmern aufbewahrt wird, repräsentirt einen Werth von 20 Mill. Pf. Darunter befinden sich die für 180 Personen ausreichenden Goldprunkgeräthe Georgs IV., zu denen ein innen mit Kristallwänden verfeinertes Champagnerkübler gehört, von einer derartigen Größe, daß zwei Männer darin baden könnten. Zahlreiche Geräthe stammen aus der Zeit der großen Elisabeth, prachtvolle Stücke aus Indien, China und Birma. Zu den auffallenden Kastlören zählt eine Kaffeetasse Karls XII. von Schweden, dann ein Aussatz aus der Zeit Georgs III., ein Pfau, im Werthe von 40 000 Pf., dessen Körper und Schweif von massivem Gold und mit Perlen, Smaragden, Diamanten und Rubinen besät sind, sowie ein lebensgroher, silberner Tigerkopf mit Augebläugeln und goldener Jungfer. Dreißig Dukzend Tellern aus der Zeit Georgs IV. repräsentiren einen Kaufwerth von 10 000 Pf. Auch die Wände dieser Schatzkammer sind mit Waffen von hohem künstlerischen und materiellen Werth bedekt.

Amerika.

Newyork, 21. März. Die "Newyorker Times" bespricht den Rücktritt Bismarcks, der in Deutschland niemand seines Gleichen hinterläßt. Am Anfang seiner Laufbahn wäre Preussen nur die fünfte europäische Macht gewesen, bei seinem Rücktritte hinterläßt er Deutschland als die erste Macht der Welt.

Der "Newyork Herald" sagt, Bismarck hindeute durch seine Thaten ein ewiges Monument und spricht die Hoffnung aus, Deutschland werde wie Amerika nie Mangel an Staatsmännern haben, wenn die Verhältnisse sie fordern.

Auch andere Organe werden der Bedeutung des Fürsten Bismarck gerecht. (W. L.)

Am 22. März: Danzig, 22. März. Bl.-a. Tage, G.A. 559 u. 816. Westerausichten für Sonntag, 23. März.

Veränderlich, wolätig, zum Theil bedeckt. Niederschläge; schwache bis mäßige kalte Winde. Kalte Nacht.

* [Garnisonwechsel.] Mit der Neuformierung eines größeren Heeresheils zum 1. April werden bekanntlich zwei Truppenkörper, deren Garnison bisher Danzig war, von hier scheiden, um in der Schwesternstadt am Pregel ihr neues Heim aufzuschlagen. Einer derselben, das 1. Pionier-Bataillon, war ca. 100 Jahre lang bei uns heimisch, hat zu unserer Bürgerschaft stets in freundlichstem Verkehre gestanden, sich gar oft als wirklicher Helfer in der Not bei elementaren Helferschäden und anderen größeren Unglücksfällen bewährt und sich dadurch dauernde Dankbarkeit unserer Bürgerschaft, manch ehrvoller Blatt in der Geschichte unserer Stadt und Provinz erworben. Man sieht das Bataillon daher sehr ungern von hier scheiden, muß sich aber, nachdem die Vorstellungen von zuständiger Seite um Belebung derselben oder eines Theiles in Danzig abschlägig beschieden sind, in das Unabänderliche fügen. In den frühen Morgenstunden des 31. März (Montag über acht Tage) fährt das Bataillon per Eisenbahn von hier nach Königsberg ab.

Am Vormittag desselben Tages folgt ihm die hiesige Abteilung des westl. Feldartillerie-Regiments Nr. 16 ebendahin, während die Stäbe beider Truppenhälften am 1. April folgen sollen. Die Vorbereitungen zur Ueberstellung werden bereits jetzt getroffen. Die Reservefahrzeuge der Artillerie werden gegenwärtig verladen und in den nächsten Tagen wollen auch die Pioniere ihr umfangreiches Material versenden.

* [Neue Corps-Intendantur.] Der Militärintendant Aund vom 2. Armee-Corps ist vom 1. April ab zum Chef der Intendantur des neuen 17. Armee-corps in Danzig ernannt. Ferner sind zu der neuen Corps-Intendantur in Danzig verzeigt die Intendantur-Räthe Foh von der 1. Garde-Infanterie-Division, Schulz und Reich vom 1. bzw. 2. Armee-corps, der Intendantur-Assessor Müller und der Rechnungs-rath Richter vom 1. Armee-corps, die Intendantur-Secretäre Albrecht vom 1. Schmidt, Schilling und Wendlandt vom 2., Danziger vom 3., Weinrich vom 4. und Poppe vom 7. Armee-corps. Zu der Intendantur

der neuen 36. Division in Danzig treten über der Intendantur-Rath Müller und der Intendantur-Secretär Grunwald von der 2. Division, zu der Intendantur der neuen 35. Division Grauden, der Intendantur-Assessor Kern vom 3. Armee-corps als Vorstand und die Intendantur-Secretäre Gümlich von der 2. Division und Groest vom 3. Armee-corps.

* [Selketes Jubiläum.] Am 7. Mai cr. begeht der geistliche Rath Herr Prälat Landmesser sein 50jähriges Jubiläum als Pfarrer der hiesigen St. Nikolaikirche und zugleich als Bürger der Stadt Danzig, nachdem er vor 5 Jahren sein 50jähriges Priesterjubiläum gefeiert hat. Wie wir hören, hat sich bereits ein Comité aus Mitgliedern der Gemeinde und der Bürgerschaft gebildet, welches eine würdige Feier dieses Doppeljubiläums vorbereitet. — In seiner gestrigen Eröffnung hat das aus dem Kirchenvorstand und der Gemeindevorstellung zu St. Nicolai gebildete Comité, welches durch je ein Mitglied aus der Reihe der übrigen katholischen Kirchenstände verstärkt worden ist, beschlossen, am Abend des Jubiläumsstages dem Jubilar einen Fackelzug zu bringen. Der Festtag selbst wird durch eine kirchliche Feier eingeleitet, nach deren Beendigung dem Herrn Prälaten eine Ehrengabe überreicht werden soll. Für den Nachmittag ist ein Festmahl im Schürenhause vorläufig in Aussicht genommen.

* [Von der Weichsel.] Ein Telegramm aus Warsaw von heute Mittags 1 Uhr meldet von dort einen Wasserstand von 2.57 Meter (gegen 2.54 Meter am gestrigen Tage). Die Nogat ist jetzt auch in sämtlichen Mündungsarmen bis zum Haff eisfrei geworden.

* [Personen]. Der Zahlmeister Baltrusch ist an das zweite Bataillon und der Zahlmeister Raabe an das Füssler-Bataillon des Grenadier-Regiments König Friedrich II. (3. ospr. Nr. 4) versetzt worden.

* [Der Centralverein westpreußischer Bienewirthe] hält seine diesjährige Hauptversammlung am dritten Osterfesttag zu Marienburg ab.

* [Innungs-ausschuss.] In der letzten Sitzung wurden von den neu erwählten Vorstandsmitgliedern die Herren Herzog zum Vorstand, Jost zum Stellvertretenden Vorstand, Wochmann zum Schriftführer und Hermann zum Kassenreferenten gewählt.

* [Schiffahrts-Notiz.] Vom Reichsmarineamt ging nachstehendes Telegramm ein: Feuerschiff "Adlergrund" ist auf seiner Station wieder ausgelegt.

* [Schiffahrt.] Am 1. April werden die Fortbildungsschulen des Gewerbevereins und der Innungen geschlossen. Wie alljährlich findet auch in diesem Jahre eine Ausstellung der Schularbeiten und ein Schlusstahl im Gewerbehause statt. — Die Allgemeine Vereins-Fortbildungsschule schließt mit dem Palmsonntage ebenfalls ihren Winterkursus und wird in der Woche nach Ostern einen feierlichen Schluss- und Prämierungskahl im Bildungs-Vereinshause abhalten.

* [Strafkammer.] Wegen Verleumdung hatte sich heute der frühere Schuhmann und gegenwärtige Schneidermeister Heinrich Dröse von hier vor der Strafkammer zu verantworten. Dröse war im Jahre 1882 wegen Meineides und wissenschaftlich falscher Anklage gegen den Schwurgericht verurteilt und deshalb seines Dienstes entbunden worden. Da sich seine Verurteilung im wesentlichen auf die Aussagen des Malermeisters Bockenhäuser stützte, so versuchte er dessen Zeugnis zu verdächtigen, was ihm eine Strafe von 4 Wochen wegen Beleidigung drohte. Trotzdem es ihm nicht gelungen war, Thatsachen, durch welche das Zeugnis des Herrn Bockenhäuser widerlegt wurde, beizutragen, reichte er am 12. April 1889 von neuem eine Denunciation gegen Bockenhäuser ein, welche mehrfache Beleidigungen desselben enthielt und zur Erhebung der heutigen Anklage führte. Der Gerichtshof nahm war an, daß Dröse die Eingabe in der Verfolgung berechtigter Interessen gemacht, doch die Grenzen der Vertheidigung weit überstritten habe, weshalb er wegen verleumderischer Beleidigung zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt wurde.

[Polizeibericht vom 22. März.] Verhaftet: 1 Mädchen wegen Diebstahls, 9 Diebstähle. — Gestohlen: Eine gußeiserne Platte ist als gestohlen angegeben. Der unbekannte Eigentümer wolle sich im Criminalbureau — Ankerjömbedage Nr. 21 — melden.

-ff. Pr. Stargard, 21. März. Unser commissarischer Bürgermeister, Regierungs-Supernumerar Mag nus weile circa 12 Monate hindurch der hiesigen städtischen Verwaltung vorgesessen hat, ist nunmehr von seinem Commissorium entbunden worden. Die Geschäfte werden zur Zeit von dem Beigeordneten Herrn Fabrikbesitzer A. Goldfarb hier selbst verwaltet. Zu Ehren des Scheidenden halten sich die Mitglieder des Stadtrats und der Stadtverordneten-Versammlung im Lokale des Herrn Wolff zusammengefunden, um mit dem Scheidenden die letzten Stunden in gemütlicher Weise zu verleben.

Marienburg, 21. März. Die Gemeinde Sandhof bei Marienburg hat nun auch, dem Beispiel der Stadt Marienburg folgend, eine mit etwa 120 Unterschriften bedeckte Petition um Coupurierung der Nogat an das Abgeordnetenhaus abgehen lassen. (Nog.-3.)

* Der Regierungsrath Martinus ist der königl. Regierung zu Marienwerder zur dienstlichen Verwendung überwiesen.

K. Schw., 21. März. Nachdem die hiesige städtische Verwaltung den Bau eines Schlachthauses vor längerer Zeit beschlossen, sind gestern drei Herren im Auftrage des M.-Gärtlers in unserer Nachbarstadt Graudenz gewesen, um Anlage und Errichtung des dortigen Schlachthauses zu besichtigen und demnächst Bericht zu erstatten. — In der benachbarten Ortschaft Culownko brannte vorgestern Abend dem Befehl eine Scheune ab. Der böswilligen Brandstiftung verdächtigt, wurde gestern ein bereits mit Juchthaus vorbestrafter Arbeiter, welcher bei C. gearbeitet hat, aber von denselben entlassen worden ist, verhaftet. — Etwa 40 Fahrzeuge haben hier im Schwarzwasser überwintern; dieselben sind nunmehr zur Abreise bereit, da die Weichsel einsfrei ist. Leider wird die Lage der Schiffer von Jahr zu Jahr eine schlechtere, da sie mit den Dampfschiffen nicht gut konkurrieren können. — Es hat sich in jüngster Zeit ein Versteigerungsverein hier selbst gebildet, welcher bereits über 80 Mitglieder zählt und sich die Aufgabe stellt, durch Baumspaltungen und Anlagen Stadt und nächste Umgebung auszusäubern.

Königsberg, 21. März. Die "Agsb. Hart. Ztg." bezeichnete heute ihre gestrige Nachricht, daß Herr Rechtsanwalt Dr. Krause — Landtags-Abgeordneter für Königsberg — nach Berlin überseideln werde, um das Syndikat eines großen dortigen Bankhauses zu übernehmen, als irrtig.

* Der der landwirtschaftlichen Verwaltung angehörige Regierungs-Assessor Jäßland zu Jäßland ist zum Regierungsrath und der Superintendentur-Direktor Ober-Pfarrer Lüdecke in Neustettin zum Superintendenten der Gnade Neustettin ernannt worden.

Palmnicken, 20. März. Am 18. früh ging das Boot des Fischers Peteretz aus Gr. Dirschken, mit fünf Mann besetzt, in See, um nach den ausgelegten Lachsangeln zu fischen. Bis jetzt ist das Boot nicht zurückgekehrt, und es muß daher angenommen werden, daß dasselbe von dem heftigen Südostwinde weiter in die See getrieben oder umgeschlagen ist. Fischer aus Gr. Auhren wollen das Boot am Abend des 18. noch gesichtet haben, bis es plötzlich vor ihren Augen verschwand. Drei der im Boote befindlichen Leute sind verheirathet. (R. Alzg. 3.)

* [Vermischte Nachrichten.]

* [Ein Faustschlag.] Über den Ursprung der spanischen Familie der Grafen von Pononrostro bringt die "Revue Internationale" eine interessante Mit-

theilung. Der Stammvater dieses stolzen Hauses war Jäger im Dienste Karls V. Er befand sich mit dem Kaiser einmal auf der Rebhühnerjagd und beide Jäger räumten mit stets zunehmender Leidenschaft unbarmherzig unter den Hühnern auf. Die Jagdtaschen der Diener waren überfüllt und der Kaiser gedachte die Jagd zu enden. Da scheuchten die Hunde noch ein Rebhuhn auf, Kaiser und Jäger legten schnell ein, gleichzeitig krachten zwei Schüsse und das Rebhuhn lag tot am Boden. „Wer hat das Huhn geschossen?“, fragte der Kaiser den Jäger. „Ich, Majestät!“ sagte dieser. „Du lügst“, fuhr der Kaiser auf. „Das ist nicht wahr“, replizierte der Jäger, und schlug dem Kaiser die gesalzte Faust ins Gesicht, daß dieser taumelte. Die Diener wollten sich auf den verwegenen Jäger stürzen, aber der Kaiser wehrte ab und befahl ihnen, diesen ins Gefängnis nach Madrid zu führen, wo er dann gerichtet werden sollte. Der Kaiser kehrte gedankenvoll nach der Hauptstadt zurück; ihn beschäftigte weniger der Schimpf, den einer seiner Diener ihm vor Zeugen angethan hatte, als der Charakter des Mannes, der eine Kränkung auch von dem mächtigen Kaiser nicht ertragen wollte und sich männlich gezeigt hatte, als die Edlen, welche des Kaisers Thron umstanden.

In der Residenz angelangt, ließ der Kaiser den Jäger vor sich führen und fragte ihn, ob er dabei bliebe, daß er selbst und nicht der Kaiser das Rebhuhn geschossen habe. Der Jäger bezahlte und fügte hinzu, er könnte es beweisen, wenn man das Rebhuhn, um das der Streit entbrannt war, vor ihn dränge, denn er habe sich während der ganzen Jagd anderer Geschosse bedient, als der Kaiser. Man suchte nach und fand im Leibe des Rebhuhns eines der Geschosse des Jägers. Das konnte natürlich nichts an dem Schickel desselben ändern; er hatte sich an der heiligsten Person des Kaisers vergangen und mußte den Tod erleiden. Er hörte ruhig den Richterspruch und bereitete sich zum Tode. Den Kaiser dauerte der Mann und er wünschte ihn vor der Ausführung des Urteils noch einmal zu sprechen. Der Kaiser schalt ihn vor seines Benehmens, der Jäger aber sagte mit Ruhe: „Majestät, wenn ich hundert Leben hätte und hundertmal den Tod durch Henkershand erleiden müßte, ich würde dich, wenn Du Majestät mich einen Lügner nennst, Ihnen die Faust ins Gesicht schlagen (puno en el rostro).“ „Nein, nein“, sagte der Kaiser, „du magst leben, ein Mann wie du würde meinem Reiche dienen, sie sind nicht häufig.“ Der Kaiser schenkte dem Jäger aber nicht nur das Leben, sondern er wünschte ihm stets um sich zu haben, und als er ihn bald darauf zum Grafen erhob, legte er ihm in Erinnerung an jene Episode den Namen Pononrostro bei.

Rom, 21. März. In Catalfimi (Sicilien) ist das Verscham mit Nachschüssen geöffnet und es sind aus denselben Werthsachen im Betrage von 80 000 Lire entwendet.

Telegramme der Danziger Zeitung.

Berlin, 22. März. (Privatelegramm.) In parlamentarischen Kreisen wird heute erzählt, daß Fürst Bismarck die Herzogswürde nicht angenommen habe.

Börser-Depeschen der Danziger Zeitung.

Berlin, 22. März. Orts. v. 21.

		Urs. v. 21.
Meisen, geb.	2. Orient-Akt.	68.10 68.15
April-Mai.	193.00 193.50	1/2 ruf. Akt. 68 23.20 23.35
Juni-Juli..	194.00 194.50	Combant. 52.20 53.40
Rogen	170.20 171.00	Franz. 83.20 93.70
April-Mai.	168.00 168.70	Greb. -Acker. 167.60 169.50
June-Juli..	200.40	Dscr. Compt. 229.30 231.70
September	23.50 23.80	Deutsche. 168.00 168.00
April-Mai.	87.00 87.80	Caurehüte. 145.00 149.50
Sept.-Oktbr.	56.50 56.50	Destr. Rotes. 170.50 170.85
April-Mai.	34.10 34.10	Rotes. 220.50 220.55
August-Sept.	35.40 35.50	Destr. Rot. 219.80 219.80
1/2 do.	106.90 106.70	Marie. kurz. 20.365 20.365
1/2 do.	101.30 101.30	London kurz. 20.223 20.223
1/2 do.	105.90 105.80	Russl. 5.2. 14.00 14.15
1/2 do.	101.40 101.50	D. Delmuth. 140.50 141.50
1/2 do.	22.40 22.40	D. Prior. 128.00 128.50
do.	99.40 99.40	Maik. 110.10 110.10
do.	56.20 57.00	Maik. 59.60 59.10
do.	97.40 97.30	Stamm-A. 89.50 89.60
do.	85.70 86.30	Danz. St.-A. —
do.	102.50 102.50	Irrk. 5.2. 85.10 85.00
		Fondsbörse schwach.

Petersburg, 17. März. Bankhauswechsel. Raffenbestand 70 439 000, Disconto 25 052 000, Dorfdruck auf Waaren 519 000, do. auf öffentl. Fonds 452

Beilage zu Nr. 18205 der Danziger Zeitung.

Gonnabend, 22. März 1890.

Abgeordnetenhaus.

(Schluß.)

Abg. Virchow: Die von Hrn. Stöcker angeregte Frage ist nur darum von Bedeutung, weil er darin in Übereinstimmung mit seinen politischen Freunden spricht. Ja, was wollen denn eigentlich die Herren auf jener Seite? Wollen Sie weiter nichts, als Schmähungen über die Juden aussprechen und Ihrem Gefühl der Gehässigkeit gegen eine große Klasse von Mitbürgern Ausdruck geben? Wollen Sie mehr, so sagen Sie es endlich einmal. Wozu sonst diese Unterhaltung? Aus der ganzen Unterhaltung ist doch nicht ein einziger praktischer Gedanke hervorgegangen. Ich habe nur den Eindruck, daß nichts weiter beachtlich ist, als von neuem Schmuck und Schimpf herumzuröhren. (Präsident v. Kölle rüttet den Redner wegen des leichten Ausdrucks zur Ordnung.) Es gab ja einmal eine Zeit, wo aus Ihren Kreisen heraus positive Vorschläge kamen, und das veranlaßte uns 1880, die Sache zur Sprache zu bringen. Damals sollten die Juden von allen obrigkeitlichen Stellungen ausgeschlossen werden, es sollte ihre Verwendung im Justizdienst als Einzelrichter eine Beschränkung finden, und in den Schulen sollten nur christliche Lehrer angestellt werden. Ich verstehe nicht, weshalb man es uns zum Vorwurf macht, daß, nachdem die Bewegung in großen Kreisen des Volkes inszenirt war, wir die Angelegenheit vor dem ganzen Lande zur Verhandlung brachten? Wir haben es für unsere Pflicht erachtet, die Sache aufzuklären, und ich denke, die Herren werden nachträglich zugestehen, daß dies gewirkt hat. Der Antisemitismus wurde zurückgedrängt, und selbst Hr. Stöcker ist längere Zeit kalt gestellt worden. (Heiterkeit.) Er hat sich inzwischen so erholt, um eine solche Rede zu halten, und das gerade ist ein Problem, das mich beschäftigt. Wie kommt Hr. Stöcker dazu, wieder einmal Antisemitismus machen zu wollen? (Hört, hört! links). Wie kommen die Conservativen dazu, ihm ihre Zustimmung zu geben? (Hört, hört! links). Das muß irgend einen besonderen Grund haben. Sie haben ihn vorläufig noch nicht gesagt; ich möchte aber vor dem Lande darauf aufmerksam machen, daß dieser Grund irgendwo liegen muß, und daß man den Herren etwas auf die Finger sehen muß, um auszubringen, was sie eigentlich beabsichtigen. Die ganze Bewegung des Herrn Stöcker ist ja immer mit einer gewissen Unklarheit und Dunkelheit hervorgetreten. Auch jetzt wieder hat von dem ersten Augenblick an, wo sie wieder zu Tage kam, in der berühmten Walderseeversammlung, die Unklarheit begonnen. Dieselbe war anfangs so stark, daß sogar unsere nationalliberalen Collegen sich einsangen ließen und sich Herrn Stöcker anschlossen. Ich hoffe, sie werden gesehen haben, daß das keine sehr wohlthätige Operation war, die sie da vollzogen haben; zum zweiten Mal werden sie hoffentlich nicht mehr hineinfallen. Seit jener Zeit finden wir gewisse dunkle Andeutungen in der Presse, was eigentlich alles bevorsteht. (Auf rechts: Zur Sache!) Das ist zur Sache! Ich wünsche zu erfahren, was Sie wollen. Warum haben Sie uns zwei Tage mit diesen Dingen aufgehoben. (Widerspruch rechts.) Das kann doch nicht um nichts und wieder nichts geschehen sein. Mich hat auch die Art überrascht, wie der hr. Cultusminister die Sache auffaßt. Er zeigt eine gewisse weitergehende Nachgiebigkeit, als wir sie

früher in dieser Frage gesehen haben. (Sehr richtig! links.) Was ist denn das statistische Material, mit dem Sie uns hier kommen? Es beweist doch weiter nichts, als daß die jüdische Bevölkerung in der Lage und bereit ist, für ihre Nachkommen in stärkerer Weise zu sorgen und sie in ihrer geistigen Entwicklung weiter zu bringen, als im Verhältniß die übrige Bevölkerung. Wozu stellt man aber das gegeneinander? Man sagt: die Juden wohnen im Verhältniß mehr in den Städten. Ich glaube das; aber was will man denn daraus deduciren? Wollen Sie etwa die Juden aus den Städten herausjagen, wie im Mittelalter? Das ist doch seltsam, daß Sie überhaupt solche Statistiken ausmachen. Die Juden sind einmal da, kein Mensch wird in der Lage sein, sie zu vertreiben. Man kann sie doch nicht tödlich schlagen, nicht nach Polen verschicken! Sie müssen sie behalten, und wenn wir sie behalten müssen, dann haben wir alle ein großes Interesse daran, sie uns in ihrer ganzen Bildung, in ihrer Auseinandersetzung, in ihren inneren und äußeren Handlungen so nahe zu bringen, wie wir können. Das Problem, das uns vorschweben muß, ist, daß wir mitsamt den Juden, die wir haben, eine einheitliche und gemeinsame Masse bilden müssen. (Auf rechts: Nein!) — Abg. Richter: Aber heiraten Ihnen Sie doch, wenn Sie kein Geld haben! — (Heiterkeit.) Man soll nicht Mißverständnis, nicht Zwieträchtigkeit, keine Scheidung herbeiführen, sondern im Gegenthell auf gegenseitige Verständigung und Achtung hinwirken. Damit wird man dem Vaterlande am besten dienen. Ich sehe auch keine Möglichkeit, wie man etwa auf dem Wege der Trennung der jüdischen Schüler von den christlichen zu einem Resultat kommen soll. Es ist ja schmerzlich genug, daß das Simultanschulwesen bestellt ist, und wir hoffen, daß man in Zukunft wieder auf die Simultanschulen zurückkommen wird. Aber dagegen wird man sich nicht wehren können, das Simultanschulwesen auf dem Gebiete des höheren Unterrichts zuzulassen, da eine Trennung in besondere höhere Lehranstalten nicht durchführbar ist. Was eigentlich Werthvolles in den Ausführungen des Hrn. Stöcker war, habe ich aus den Reden des Hrn. Ministers nicht ersehen können. Er ertheilte zwar Hrn. Stöcker ein ehrenvolles Zeugnis, aber ich konnte nicht erkennen, auf welchen Punkt der Stöcker'schen Ausführungen sich dies beziegt. Doch wohl nicht auf die Statistik? Denn es gehört wirklich eine gewisse Naivität dazu, in einer so erlauchten Versammlung Dinge weitläufig auszuführen, die jeder, der ein statistisches Handbuch aufgeschlagen hat, hinreichend kennt. Was aus diesen Zahlen zu folgern ist, müssen wir noch erfahren, ebenso, was daran werthvoll ist. Wenn der hr. Minister selbst zugestellt, daß er Schulen haben muß, in denen Lehrer verschiedener Confession und Schüler verschiedener Confession sich befinden, so muß er auch ein Lehrsystem zulassen, das den Confessionen die Möglichkeit sichert, ihren religiösen Unterricht so viel als möglich von sich heraus zu gestalten, zugleich aber den Lehren gestattet, die allgemeinen Grundlagen der Gütlichkeit, die für alle Religionen die gleichen sind, in möglichster Stärke zur Geltung zu bringen. Wir haben die Aufgabe, den Staat als einen weltlichen Staat zu führen, und das ist der Grund, warum wir weder das heilige Römische Reich haben wollen, noch

den kirchlichen Staat des Hrn. Stahl. Wir wollen einen weltlichen Staat haben mit der vollen Freiheit der Religionsübung. (Lebhafte Beifall links.)

Abg. Cremer: Es gibt eine Judenfrage, deren Lösung versucht werden muß. Auf welchem Wege, weiß ich nicht. Aber sonst wird der christliche Geist so untergraben, daß wir schwere Folgen zu befürchten haben.

Hierauf wird die Discussion geschlossen und der Titel bewilligt.

Bei Titel 2 (Buschus für die vom Staat zu unterhaltenden Anstalten) werden von einer Anzahl Abgeordneten Wünsche und Beschwerden in Bezug auf einzelne Unterrichtsanstalten vorgebracht. Abg. Knörke (rechts) wünscht eine bessere Befolzung der Zeichenlehrer. Minister v. Gohler bemerkt: Die Zeichenlehrer sind vor einigen Jahren etwas aufgebessert und werden auch im Nachtragsetat berücksichtigt werden.

Nächste Sitzung: Gonnabend.

Börsen-Depeschen der Danziger Zeitung.

Hamburg, 21. März. Getreibemarkt. Weizen loco ruhig, holsteinischer loco neuer 185—194. — Roggen ruhig, mecklenburgischer loco neuer 175—180, russ. loco ruhig, 114—124. — Hafer ruhig. — Gerste ruhig. — Rüben (unverzehl.) fest loco 70. — Spiritus ruhig, per März 22 Br., per April—Mai 22^{1/2} Br., per Mai—Juni 22^{1/2} Br., per August—September 23^{1/2} Br. — Raffee sehr ruhig. — Petroleum still. Standard white loco 6.70 Br., per August—Dezember 7.00 Br. Weizen: Regen.

Hamburg, 21. März. Raffee. Good average Santos per März 84, per Mai 84, per Septbr. 81^{1/2}, per Septbr. 18. Ruhig.

Hamburg, 21. März. Zuckermarkt. Rübenrohriucher, Product, Basis 88 % Ruhement, neue Ukraine, f. a. K. Hamburg per März 12.22^{1/2}, per Mai 12.42^{1/2}, per Juli 12.62^{1/2}, per August 12.70. Maff.

Havre, 21. März. Raffee Good average Santos per März 107.25, per Mai 107.50, per Septbr. 108. Fest.

Bremen, 21. März. Petroleum. (Schlußbericht.)

Ruhig. Standard white loco 6.65 Br.

Frankfurt a. M., 21. März. Effecten-Societät. (Schlußbericht.) Credit-Aktion 262^{1/2}, Frankolen 188^{1/2}, Lombarden 104^{1/2}, Aegypten —, 4% ungar. Goldrente 88.10, Soliharbahn 182.30, Discanto-Commandit 227.10, Dresdenner Bank 180.50, Laurahütte —, Veloce 93.50. Still.

Wien, 21. März. (Schluß-Courier.) Deutsc. Rentenrente 86.90, do. 5% do. 102.00, do. Silberrente 86.30. 4% Goldrente 109.75, do. ungar. Goldr. 101.10. 5% Papierrente 78.05. 1820er Coöpe 139.25, Anglo-Aust. 152.90, Länderbank 219.80, Creditact 309.80, Unionbank 249.00, ungar. Creditfachten 317.75, Wiener Bankverein 119.75, Böhm. Metall —, Böhm. Nordbahn 213, Bisch. Eisenbahn 489.00, Dux-Bodenbacher —, Elbethalbahn 217.00, Nordbahn 2820.00, Frankolen 219.25, Galizier 193.00, Lemberg-Ucrain 228.50, Lombarden 124.25, Nordwestbahn 202.00, Burgsdorff 170.00, Alz. Mont. Act. 95.40, Lebok-Aktion 107.50, Amsterdamer Wechsel 98.65, Deutsche Dütsche 96.60, Londoner Wechsel 119.40, Marquer Wechsel 41.30, Novopolska 9.45, Markenoten 58.62^{1/2}. Russ. Banknoten 1.29, Gilbercoupons 180.

Amsterdam, 21. März. Getreibemarkt. Weizen auf Termine unverändert, per Mai 200, per November 19^{1/2}. — Roggen loco geschäftlos, auf Termine niedriger, per März 148—148—144—145, per Mai 142—141—142, per Oktbr. 134—133—132—135. — Rübeloc loco 37, per Mai 34^{1/2}, per Herbst 31.

Anmerpen, 21. März. Getreibemarkt. Weizen behauptet. Roggen unverändert. Hafer unverändert. Gerste frage.

Anmerpen, 21. März. Petroleummarkt. (Schlußbericht.) Raffiniertes, Type weiß loco 17 bez. und Br., per

März 16^{1/2} Br., per April 16^{1/2} Br., per Sept.-Dezbr. 17^{1/2} Br. Ruhig.

Daris, 21. März. Getreibemarkt. (Schlußbericht.)

Weizen behpt., per März 24.40, per April 24.40, per Mai-Juni 24.40, per Mai-August 24.40. — Roggen ruhig, per März 16.25, per Mai-August 15.75. — Weizl behpt., per März 53.50, per April 53.30, per Mai-Juni 53.60, per Mai-August 53.80. — Rübel ruhig, per März 70.00, per April 70.00, per Mai-Juni 70.00, per Septbr.-Dezember 67.00. — Spiritus ruhig, per März 36.25, per April 36.50, per Mai-August 37.50, per Sept.-Dezbr. 38.25. Weizl: Bedeut.

Daris, 20. März. (Schlußcourse.) 3% amer. Renten.

82.00, 3% Rente 87.62^{1/2}, 4^{1/2}% Amt. 105.75, 6% italien. Rente 91.31^{1/2}, österr. Goldrente 94^{1/2}, 4% ungar. Goldrente 88^{1/2}, 4% Russen 1880 84.30, 4% Russen 1880 93.90, 5% unif. Aegypten 476.25, 5% Span. auf. Anleihe 123^{1/2}, convert. Lükken 18.02^{1/2}, türkische Coöpe 71.60, 5% pris. türk. Obligationen 483.00, Frankolen 467.50, Lombarden 282.50, Comb. Privatitäten 317.50, Banque ottomane 337.50, Banque de Paris 782.50, Banque d'escampie 516.25, Credit foncier 1307.50, do. mobilier 468.25, Meridian-Akt. 673.75, Panama-kanal-Akt. 53.75, do. 5% Oblig. 42.00, Rio Tinto-Aktion 400.80, Guernan-Aktionen 2302.50, Wechsel auf deutsche Blüte 122^{1/2}, Condoner Weizel kurz 28.22, Cheques a. London 25.24, Compt. d'Escompte neue 612.50, Robinson 80.00.

London, 21. März. (Schlußbericht.) Fremde Ju-fuhren seit gestern Montag: Weizen 13.600, Gerste 5.800, Hafer 95.620 Arts. Englischer Weizen frage, unverändert, fremder zu tollen Preisen, sehr ruhig, Hafer sehr flau, auch russischer in Folge unerwarteter Jufuhren, übrige Artikel träge.

London, 21. März. An der Süße 2 Weizenladungen angeboten. — Weizl: Schön.

London, 21. März. Eng. 21^{1/2} Consols 97^{1/2} preuß. 4% Consols 105, Ital. 5% Rente 91^{1/2}, Lombarden 11^{1/2}, 4% cons. Russen von 1880 (II. Serie) 84. comb. Kirchen 17^{1/2}, österr. Gilberrente 74, österr. Goldrente 84, 4^{1/2} ungari. Goldrente 85^{1/2}, 4^{1/2} Spanier 73^{1/2}, 5^{1/2} polnische Reginster 105^{1/2}, 4^{1/2} unif. Aegypt. 94^{1/2}, 5^{1/2} garantirte Steppen 100^{1/4}, 4^{1/2} öst. Aegypt. 100^{1/4}, 7^{1/2} Consol. Bergkauer 95^{1/2}, Ottomankbank 11^{1/2}, Guernan 91^{1/2}, Canada-Pacific 74^{1/2}, De Beers-Aktionen neue 16^{1/2}, Rio Tinto 15^{1/2}, Rubinen-Aktionen 1/2 % Aktio. Gilber —, Ulaz-Discount 3%.

Glasgow, 21. März. Möbelisen (Schluß.) Ulaz umbras marrants 51 sh. 8^{1/2} d.

Glasgow, 21. März. Die Vorräthe von Rohstoffen in den Stores belaufen sich auf 840.091 Tons gegen 1.032.357 Tons im vorigen Jahre. Die Zahl der im Betriebe befindlichen Hochöfen beträgt 89 gegen 82 im vorigen Jahre.

Liverpool, 21. März. Baumwolle. (Schlußbericht.) Umrahm 3000 Ballen, davon für Speculation und Export 1000 Ballen. Stetig. Amerikaner 1/2 höher. Ulazl. amerikan. Lieferung: per März-April 6^{1/2} Veräußerpreis, per April-Mai 6^{1/2} Veräußerpreis, per Mai-Juni 6^{1/2} do., per Juni-Juli do. 6^{1/2} do., per Juli-August 6^{1/2} do., per Septbr. 6^{1/2} do., per September-Oktober 5^{1/2} do. do.

Liverpool, 21. März. Getreibemarkt. Mais 1/2 d. niedriger, Mehl und Weizen stetig. — Weizl: Schön.

Petersburg, 21. März. Weizel a. London 3 Mt. 81.85, do. Berlin 3 Mt. 44.95, Amsterdam 3 Mt. — do. Paris 3 Mt. 38.42^{1/2}, 1/2-Inventars 7.35, russ. Brämkaleide 183^{1/2} (geöfft.), 236^{1/2}, russ. Brämk-Akt. 1886 (geöfft.), 221, russische Anleihe de 1873 —, do. 2. Orientanleihe 100, do. 3. Orientanleihe 100, do. Anleihe von 1884 —, do. 4% innere Anleihe 85^{1/2}, do. 4^{1/2} Bodencredit-Obandbrie 144^{1/2}, Große russ. Eisenbahnen 220, russ. Südwestbahn-Akt. 106, Petersburger Discontoval 673, Petersburger intern. Handelsbank 536^{1/2}, Petersburger Brämk-Handelsbank 322, russ. Bank für auswärt. Handel 270^{1/2}, Marichauer Disconto-bank 292, Privatdiscon 5^{1/2}.

Petersburg, 21. März. Produktienmarkt. Talg loco

